

**Wir zahlen Eure Krise nicht**

# Jugendklubs verteidigen!

► **Haushalt nach dem Bedarf der Menschen nicht nach den Kürzungsvorgaben**

Hunderte protestierten im Bezirk Mitte, bei der Bezirksverwaltung in Friedrichshain-Kreuzberg und in Pankow: Bündnisse von betroffenen Kindern, Jugendlichen, Eltern, SozialarbeiterInnen, der Gewerkschaft ver.di und anderen Interessierten machen mobil. Ihre Forderung: Erhalt aller Kinder- und Jugendeinrichtungen! Schluss mit den

Kürzungen! Dieser Widerstand ist bitter nötig: Nicht nur die Kinder- und Jugendeinrichtungen geraten ins Visier der Kürzungspolitik. Nach der Bundestagswahl droht eine Welle von Entlassungen und eine „Agenda 2020“ mit neuem Kahlschlag. Zumindest nach dem Willen der Konzerne und ihrer Parteien. Zeit, dass wir uns wehren!



## Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich

300.000 Euro hat die Studie gekostet, die der SPD-LINKE-Senat kürzlich von einer privaten Beraterfirma (Steria Mummert Consulting) erstellen ließ. Im Sinne eines „schlanken Staates“ werden dort neoliberale Umstrukturierungs- und Kürzungsvorschläge gemacht. Rund 150.000 Euro benötigt ein Jugendklub ungefähr im Jahr. Der Senat hat also schon mal zwei Jahre Lebensdauer einer Jugendeinrichtung für diese Studie verheißt. **Die Jugendämter sollen – dieser Studie zufolge – berlinweit zusammengekratzt werden. Das Betreiben der Jugendeinrichtungen soll an private, freie Träger abgegeben werden. Übrig bleibt ein Rumpf-Jugendamt. Dies geht einher mit Kürzungen bei den Mitteln. Die Leidtragenden: Kinder, Jugendliche und Beschäftigte in diesen Einrichtungen.** Entweder das Angebot wird drastisch reduziert oder die Löhne gesenkt – oder beides. Und das, obwohl es ohnehin schon zu wenig kostenlose Jugendangebote gibt. Für privaten Musikunterricht und Sport im Verein haben vor allem sozial schwache Familien kein Geld. Jahrelang wurde öffentlich Kinder und Jugendarbeit schleichend weggeschnitten. Seit 1996 erfolgten keine Neueinstellungen von SozialarbeiterInnen mehr. Nun soll der große Flä-

chenbrand kommen.

Im Bezirk Mitte zum Beispiel droht rund die Hälfte der Stellen in den Jugendklubs vernichtet zu werden. Die Schließung einiger Klubs steht im Raum. Daneben steht eine Bibliothek, Senioreneinrichtungen und Stellen bei der therapeutischen Arbeit auf der von den Stadträten vorgelegten Kürzungsliste.

## Kein Geld da?

Angeblich ist kein Geld da. Das erzählt uns ein SPD-LINKE-Senat, der dafür sorgte, dass das Land Berlin 200 Millionen zur Rettung der Bankenbesitzer beisteuerte und der das Stadtschloss wieder aufbauen lassen will.

**Unsere Alternative: Ran an die Vermögen der Reichen und Kapitalbesitzer.** Sie profitierten die ganzen letzten Jahre vom Aufschwung. Politik in ihrem Interesse führte zu Spekulation und Abzocke – kurz: zur Finanzkrise, in deren Folge wir nun geschöpft werden sollen. Wir fordern Millionärssteuern: Eine Vermögenssteuer von 10 Prozent ab einem Besitz von 500.000 Euro würde jährlich 200 Milliarden Euro bringen.

Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzen über 60 Prozent der Gesamtvermögens. (wipo.verdi.de)

**Mit gemeinsamem Widerstand aller von Sozialabbau, Privatisierungen und Kürzungen Betroffenen können wir uns zur Wehr setzen.**

## Widerstand gegen den Kahlschlag!

**Erhalt aller Kinder- und Jugendeinrichtungen!**

- Erhalt aller Klubs und aller Stellen!
- Keinerlei Kürzungen bei Sozialem, Bildung und Gesundheit
- **200 Millionen zusätzlich** vom Land Berlin an die Bezirke um Kinder- und Jugendarbeit auszubauen: **Jedem Kiez seinen Jugendklub!**
- Erhalt aller Jugendklubs in kommunaler Trägerschaft – **keine Privatisierung**
- **Für einen Haushalt nach dem Bedarf** der Bevölkerung und nicht gemäß den Kürzungsvorgaben

**Gemeinsamer Widerstand:**

- Für eine berlinweite Bewegung gegen die Kürzungen
- Gemeinsame Gegenwehr gegen die nach der Bundestagswahl drohende Welle von Entlassungen und „Agenda 2020“
- Für die Vorbereitung eines eintägigen Generalstreik, um den drohenden Generalangriff nach der Wahl zurück zu schlagen.

**Wir zahlen nicht für die Krise:**

- **Geld für Bildung und Soziales statt für Banken.**
- **Millionärssteuer jetzt.**
- **Verstaatlichung der Banken und Konzerne** bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.

## „Konsequent gegen Sozialabbau“

Interview mit **Anne Engelhardt**, Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin Mitte



### Wie stehst Du zu den geplanten Kürzungen im Bezirk Mitte?

Egal ob bei Kindern und Jugendlichen, der Schließung einer Bibliothek oder bei Senioreneinrichtungen – ich lehne das ab. Und ich bin aktiv dagegen. Ich engagiere mich im Bündnis zur Verteidigung der Jugendklubs.

### Es ist doch kein Geld da?

Geld gibt es genug. So viel, dass mit Spekulation die Weltwirtschaft ruiniert werden konnte und diese kapitalistische Krise ausgelöst wurde. Die Verursacher sollen zahlen – nicht Kinder, Jugendliche und Beschäftigte.

Wenn wir das mit massenhaftem Protest deutlich machen, wenn Gewerkschaften dagegen mobilisieren, dann können wir etwas erreichen.

**Du bist Mitglied der SAV und über die WASG Berlin in die Bezirksverordnetenversammlung gewählt worden. Jetzt bist Du in die LINKE eingetreten. Warum? Ändert sich Deine Position jetzt?**

Nein! Ich werde mich weiterhin konsequent gegen jeden Sozialabbau, gegen Privatisierungen und Kürzungen einsetzen. Ich werde auch in Zukunft keinem Haushalt oder anderen Anträgen zustimmen, die zu Lasten der Kinder, Jugendlichen, Beschäftigten oder Erwerbslosen gehen.

Ich bin in die LINKE eingetreten, weil sie zur Zeit der einzige Ansatz ist, eine sozialistische Kraft mit Massenunterstützung aufzubauen. Ich setze mich – zusammen mit vielen anderen – dafür ein, dass sich die LINKE endlich auf die Seite der Betroffenen von Sozialabbau stellt und nicht immer wieder wie bisher die „Sachzwang-Logik“ akzeptiert.

Aber was tun, so lange der Bezirk das Geld vom Senat nicht bekommt? Die SAV schlägt vor, gemeinsam unter Einbeziehung der Bevölkerung und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Haushalt nach dem Bedarf aufzustellen. Ein Haushalt, der sich nicht an den Kürzungsvorgaben, sondern an den Notwendigkeiten der Menschen orientiert. Alle Haushalte könnten befragt werden, was verbessert werden muss. Gewerkschaften, Vereine und soziale Einrichtungen könnten Debatten organisieren, was ihrer Meinung nach verändert werden soll. Eine offene Bezirksversammlung könnte die Debatten zusammen führen und dem Senat mittels eines Haushalts die Rechnung präsentieren.

Der Senat könnte behaupten, dieser Haushalt – der sich nicht den „Sachzwängen“ der für die Reichen geleerten öffentlichen Kassen unterordnet – sei illegal. Er könnte versuchen, den Bezirk unter Zwangsverwaltung zu stellen.

Das soll er dann aber erst mal probieren: Erstens wäre dann klar, wer für die Kürzungen verantwortlich ist. Und zweitens: **Dann könnten alle Beteiligten – die Menschen im Bezirk und die Beschäftigten – für ihren Haushalt und gegen die Kürzungen mobilisiert werden**. Das kann der Ausgangspunkt werden, eine Bewegung stadt- und bundesweit für unsere Interessen los zu treten, die den Herrschenden und ihren Kürzungspolitikern das Fürchten lehrt; eine sozialistische Bewegung gegen die kapitalistische Krise.

**Aufgrund der Drohung der Zwangsverwaltung in vorseilendem Gehorsam das soziale Massaker selbst durchzuführen, das ist auf jeden Fall absurd!**

## LINKE raus aus dem Senat – rein in den Widerstand

An einer solchen Politik scheinen sich Teile unserer Partei, die LINKE, aber scheinbar orientieren zu wollen. Zumindest agierte der von der LINKEN nominierte Stadtrat, Fritsch, bisher genau so. Er stimmte der Kürzungsliste zu. Gut, dass es dagegen in der LINKEN Widerstand gibt!

Während LINKE-Abgeordnete zum Beispiel in der Bezirksverordnetenversammlung in Friedrichshain-Kreuzberg oder Anne Engelhardt in Mitte gegen die geplanten Kürzungen Sturm laufen, ist der SPD-LINKE-Senat



mitverantwortlich für die Misere: Die Geld-Zuweisungen an die Bezirke reichen nicht aus, um die vorhandenen Angebote aufrecht zu erhalten. Damit gibt der rot-rote Senat einfach die Politik weiter, die von der Bundesregierung vorgegeben wird: Bereicherung der Reichen und Konzerne – Ausbluten der Kommunen, der Beschäftigten und Armen.

Dies unterstreicht: Eine Koalition mit der SPD führt in die Sackgasse. Diese Partei gibt auf Bundesebene die Kürzungen vor und der Senat wird zum Erfüllungshelfen der Politik für Banken und Konzerne.

Das schwächt die LINKE und macht sie unglaubwürdig. Schlimmer noch: Sie fehlt im Widerstand gegen diese Politik. Denn gleichzeitig in der Regierung und in der Opposition – das kann nicht funktionieren. Und angesichts der einheitlichen Politik von CDU/CSÜ über FDP, Grünen bis zur SPD zugunsten der Unternehmer hat nur konsequente Opposition eine Chance, etwas im Interesse der Arbeiterklasse zu verändern.

Das bedeutet nicht, Opposition als Selbstzweck zu betreiben. Jede Maßnahme, die der Masse der Bevölkerung zugute kommt kann – als Einzelfallentscheidung – entschieden unterstützt werden. Das Ziel ist, eine sozialistische Regierung, die die Konzerne verstaatlicht und unter demokratische Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung stellt. Aber eine Regierungsbeteiligung, die „das kleinere Übel“ im Rahmen des Kapitalismus sein will, ist vor allem eins: Ein Übel.

**Daher: LINKE raus aus dieser Koalition – rein in den Widerstand! Gemeinsam können wir die Kürzungen bei den Jugendklubs und in anderen sozialen Bereichen stoppen!**

## Was will die Sozialistische Alternative?

Kapitalismus heißt: Kein Arbeitsplatz ist mehr sicher. Alle sozialen Rechte sind bedroht. Die Umwelt geht kaputt. Eine kleine Minderheit besitzt die Banken und Konzerne und hält die wirtschaftliche Macht in ihren Händen.

Die SAV ist der Ansicht, dass gegen jede Verschlechterung und für jede Verbesserung gekämpft werden muss – nicht einzeln, sondern gemeinsam und organisiert. Dafür ergreifen wir Initiativen, dafür sind wir aktiv in der Partei DIE LINKE und

in den Gewerkschaften.

Alle Erfahrungen zeigen aber: Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Be-

völkerung. In der DDR gab es keinen Sozialismus. Dort herrschte eine abgehobene Bürokratie.

Die Diktatur der Konzerne muss weltweit überwunden werden. Dafür bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) will eine solche aufbauen. Die SAV ist Teil des CWI.

[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

